

Sehr geehrter Herr Klose,

vielen Dank für Ihre Reaktion. Lassen Sie mich wie folgt antworten.

1. Ich weiß nicht, was sie mit dem Begriff zeitgemäß meinen. Die Argumente, die ich gegen die 60-Prozent-Grenze brachte, sind, so denke ich, zeitlos richtig. Man kann doch nicht in einer Volkswirtschaft mit einem der höchsten Haushaltseinkommen auf der ganzen Welt die gleichen 60% als Maßstab für die Armut nehmen wie in ärmeren Ländern!

Wenn Armut einfach nur als Maß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung verstanden wird, sind alle Bemühungen, die Armut durch wirtschaftlichen Fortschritt zu überwinden, vergebens.

Bedenken Sie, dass der Prozentsatz von der EU festgelegt wurde. Er mag vielleicht für die schwächeren Länder der EU passen, aber doch nicht für ein Land wie Deutschland, das so extrem hohe Löhne hat. Warum nimmt man nicht 60% vom EU-Durchschnitt zum Beispiel?

Wenn man für jedes Land einen anderen Bezugspunkt für die sechzig Prozent nimmt, kommen absurde Effekte heraus. Betrachten Sie die deutsche Vereinigung. Mit der Vereinigung gab es plötzlich ein kleineres Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch sechzig Prozent vom Durchschnitt weniger wurde. Die deutsche Vereinigung hat deshalb über Nacht die Armut in Westdeutschland reduziert. Zugleich hat sie ganz Ostdeutschland arm gemacht. Denn während in der DDR wohl niemand unter sechzig Prozent des Durchschnitts lag, haben fast alle Arbeitnehmer nach der Vereinigung zunächst weniger als sechzig Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts verdient. Sie werden mir zugeben, dass das absurde Implikationen des relativen Armutsmaßes sind.

2. Mir ist in Deutschland auch keine Steuerklave bekannt. Ich habe ja dies nun auch nicht unterstellt. Noch einmal: Die sechzig Prozent sind ein EU-Maß, das für ganze Länder und nicht für Regionen innerhalb solcher Länder gilt. In Europa und der Welt gibt es genug Steuerklaven mit reichen Leuten, wo die Definition ihre Perversität offenbart.

3. Bei den privaten Renten täuschen sie sich. Sie gehören explizit nicht zu den Einkommen, die berücksichtigt werden. Vergleichen Sie im Tabellenanhang zur Broschüre "Armut und Lebensbedingungen" vom 5. Dezember 2005, S.

12. Dort steht: unter "Verfügbares Einkommen (Nettoeinkommen)"; "... Der Mietwert aus selbstgenutztem Wohneigentum sowie Einnahmen aus privaten Renten zählen nicht dazu."

4. Was die Erstausrüstung mit einem freien Kühlschrank oder Fernseher betrifft, verweisen Sie ja selbst auf die einschlägigen gesetzlichen Regelungen. Im SGB II heißt es explizit in §23 (Abweichende Erbringung von Leistungen) im Absatz 3: "Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, ... sind nicht von der Regelleistung umfasst. Sie werden gesondert erbracht. Nichts anderes habe ich gemeint."

Bei allem möchte ich betonen, und das habe ich ja auch in meinem Artikel gesagt, dass ich die Armut keineswegs leugne. Es gibt in der Tat eine viel zu große Gruppe von Menschen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Aber warum sind sie ausgeschlossen? Etwa, weil der Staat zu wenig Geld zur Verfügung stellt? Mitnichten. .

Diese Menschen sind ganz im Gegenteil durch das Geld fürs Nichtstun, welches der Sozialstaat zur Verfügung stellt, auf die schiefe Lebensbahn gelockt wurden und kommen heute davon nicht mehr los. Gerade auch aus diakonischer Sicht müssten Sie mir doch Recht geben, dass das der falsche Ansatz war. Die Würde des Menschen verlangt es, den Menschen so zu helfen, dass sie zur Selbsthilfe befähigt werden. Jeder wird gebraucht und kann eine anerkannte Rolle in der arbeitsteiligen Wirtschaft übernehmen. Das deutsche System missachtet diesen Grundsatz. Meine Vorstellung von einem Sozialstaat, der seine eigenen Ziele besser erreichen kann als der, den wir haben, habe ich zusammen mit ifo-Mitarbeitern in unseren Texten zur aktivierenden Sozialhilfe dargelegt. Ich lege unser ursprüngliches Gutachten aus dem Jahre 2002 bei sowie auch eine Neufassung aus dem letzten Jahr. Im Kern geht es darum, den Menschen ein staatliches Zusatzeinkommen zu geben, wenn sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit nicht genug verdienen. Die Stichworte dazu heißen negative Einkommensteuer, Steuergutschriften, Bürgergeld, Earned Income Tax Credit und so weiter. Ich habe zehn Jahre dafür gekämpft, dass die Diskussion in Deutschland dazu in Gang kommt, und das scheint nun endlich der Fall zu sein.

Mit freundlichem Gruß zum neuen Jahr

bin ich Ihr

Hans-Werner Sinn

(Anmerkung des Moderators: Infos zur aktivierenden Sozialhilfe 2002 und 2006 sind über das ifo Institut erhältlich)